

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach,
Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/5984 –**

**Mit einem individuellen Ausbildungspass durchs Leben – für ein liberales,
duales und modulares Berufsausbildungssystem in Deutschland**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Gerhard Friedrich
(Erlangen), Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der CDU/CSU
– Drucksache 14/7281 –**

**Lehrstellenmangel in den neuen Bundesländern bekämpfen –
Reformen in der beruflichen Bildung vorantreiben**

- 3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/5946 –**

Berufsbildungsbericht 2001

A. Problem

1. Die Fraktion der FDP fordert in ihrem Antrag insbesondere die Einführung eines individuellen Ausbildungspasses und die Modularisierung der dualen Berufsausbildung.
2. Die Fraktion der CDU/CSU fordert in ihrem Antrag insbesondere beschäftigungs- und ausbildungsfördernde steuer-, finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern.

3. Die Bundesregierung beschreibt in ihrem jährlichen Bericht die Aus- und Weiterbildungssituation im Jahre 2000 in Deutschland und informiert über ihre Aktivitäten zur Förderung der Aus- und Weiterbildung.

B. Lösung

1. **Ablehnung des Antrags der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5984 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**
2. **Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7281 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**
3. **Einvernehmliche Kenntnisnahme des Berufsbildungsberichts 2001 – Drucksache 14/5946 –**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5984 und/oder 14/7281.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 14/5946

1. den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5984 – abzulehnen;
2. den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7281 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Willi Brase
Berichterstatter

Dr.-Ing. Rainer Jork
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatte^{rin}

Maritta Böttcher
Berichterstatte^{rin}

Bericht der Abgeordneten Willi Brase, Dr.-Ing. Rainer Jork, Hans-Josef Fell, Cornelia Pieper und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Die Vorlagen wurden an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden

Beratung und an die weiteren in der folgenden Tabelle genannten Ausschüsse zur Mitberatung in den jeweils angegebenen Sitzungen des Deutschen Bundestages überwiesen:

Vorlage Ausschuss	14/5984 F.D.P.	14/7281 CDU/CSU	14/5946 Bundesregierung
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	27.09.01 190. Sitzung	08.11.01 198. Sitzung	11.10.01 192. Sitzung
Wirtschaft und Technologie	27.09.01 190. Sitzung	08.11.01 198. Sitzung	11.10.01 192. Sitzung
Arbeit und Sozialordnung	27.09.01 190. Sitzung	08.11.01 198. Sitzung	11.10.01 192. Sitzung
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	27.09.01 190. Sitzung	08.11.01 198. Sitzung	11.10.01 192. Sitzung
Angelegenheiten der neuen Länder	27.09.01 190. Sitzung	08.11.01 198. Sitzung	
Tourismus	27.09.01 190. Sitzung		11.10.01 192. Sitzung
Angelegenheiten der Europäischen Union	27.09.01 190. Sitzung		
Haushalt			11.10.01 192. Sitzung

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Fraktion der F.D.P. stellt in ihrem Antrag – Drucksache 14/5984 – fest, dass das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland flexibel auf die rasche Strukturveränderung in der Wirtschaft reagieren und zugleich im Wettbewerb mit ausländischen Berufsbildungsangeboten bestehen muss. Deshalb soll u. a. die berufliche Ausbildung in Zukunft in einer modularisierten Weise erfolgen und ein Ausbildungspass zur Dokumentation von Teilkompetenzen und erbrachten Leistungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung für jeden eingeführt werden. Weiterhin wird der Ausbau der Berufsschulen zu Kompetenzzentren für die Weiterbildung und die Einführung von Bildungsschecks zur Finanzierung der Berufsschulbildung gefordert.
2. Die Fraktion der CDU/CSU stellt in ihrem Antrag – Drucksache 14/7281 – fest, dass die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die nächsten Jahre vor allem in den neuen Bundesländern eine entscheidende Zielsetzung der Berufsbildungspolitik sein muss. Sie fordert deshalb insbesondere, die Ausbildungsbereitschaft der kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bun-

desländern durch eine beschäftigungs- und ausbildungsfördernde Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu stärken. Grundsätzlich wird eine Reform der beruflichen Ausbildung in Deutschland gefordert. Dazu soll insbesondere die Aus- und Weiterbildung in modularen Stufen erfolgen und ein einheitlicher Berufsbildungspass eingeführt werden.

3. Der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung liefert in seiner jährlichen Erscheinungsweise einen aktuellen und umfassenden Überblick über die berufliche Aus- und Weiterbildung für das Jahr 2000 in Deutschland. Der Bericht enthält eine Fülle von Daten, die die berufsbildungspolitische Situation in Deutschland ausführlich beschreiben. Laufende und geplante Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung werden beschrieben und eine Voraus-schätzung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für das Jahr 2001 gegeben.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Vorlage Ausschuss	14/5984 F.D.P.		14/7281 CDU/CSU		14/5946 Bundesregierung
Wirtschaft und Technologie	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– – + –	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– + + –	<u>Einvernehmlich</u> <u>Kenntnisnahme</u>
Arbeit und Sozialordnung	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– 0 + –	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– + + –	<u>Einvernehmlich</u> <u>Kenntnisnahme</u>
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– 0 + –	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– + 0 –	<u>Einvernehmlich</u> <u>Kenntnisnahme</u>
Angelegenheiten der neuen Länder	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– 0 + –	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– + a –	
Tourismus	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– + + a			<u>Einvernehmlich</u> <u>Kenntnisnahme</u>
Angelegenheiten der Europäischen Union	<u>Ablehnung</u> SPD und BÜ 90/GR CDU/CSU FDP PDS	– 0 + –			
Haushalt					<u>Einvernehmlich</u> <u>Kenntnisnahme</u>

Legende: + = Zustimmung; – = Ablehnung; 0 = Enthaltung; a = abwesend

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen, zu denen diese Beschlussempfehlung ergeht, im Zusammenhang mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Jugendpolitisches Programm der Bundesregierung „Chancen im Wandel“ (Drucksache 14/7275), für die der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend federführend zuständig ist, am 12. Dezember 2001 erstmalig und abschließend beraten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird festgestellt, dass sich die Entwicklung der Ausbildungssituation positiv von der allgemeinen Entwicklung des Arbeitsmarktes abhebe.

Im internationalen Vergleich konkurrierte die deutsche duale ganzheitliche Berufsausbildung häufig mit einer auf eine bestimmte Produktionslinie begrenzte Ausbildung im Ausland. Es sei zu befürchten, dass die geforderte Modularisierung der Ausbildung auch in Deutschland zu einer Schmalspur-Ausbildung führen könnte. Bei den Vorschlägen für eine Modularisierung der beruflichen Ausbildung werde zu stark das betriebliche Interesse und zu wenig das Interesse der Auszubildenden, das eigentlich nur in einer breiten, gründlichen Ausbildung bestehen könne, berücksichtigt. Die breit angelegte duale Berufsausbildung habe wesentlich zu der bisherigen hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen. Eine Verkürzung der beruflichen Ausbildung auf zwei Jahre dürfe nicht vorgeschrieben wer-

den. Es müsse ggf. den Jugendlichen überlassen bleiben, ob sie mit einem 3. Ausbildungsjahr eine volle Qualifizierung erreichen möchten. Die Forderung nach einem Ausbau der Berufsschulen zu Kompetenzzentren der Weiterbildung könne zu einer Verstaatlichung der Weiterbildung führen. Dies sei abzulehnen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass die Vorschläge in ihrem Antrag auch Lösungen für die Probleme im deutschen Bildungssystem, die von der TIMMS- und der PISA-Studie so deutlich dargestellt würden, aufzeigten. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien ungenügend, um den vor allem in den neuen Bundesländern fortbestehenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen und die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zu beseitigen. Die erforderliche Modularisierung der Aus- und Weiterbildung werde im Berufsbildungsbericht nur unzureichend angesprochen. Bei der außerbetrieblichen Ausbildung könnten die angestrebten praktischen Fertigkeiten und betrieblichen Erfahrungen keineswegs in dem Maße vermittelt werden, wie dies bei der betrieblichen Ausbildung möglich sei. Der im Antrag der Fraktion der F.D.P. geforderte Ausbildungspass bleibe hinsichtlich seiner Zielsetzung unklar. Der von der Fraktion der CDU/CSU geforderte Berufsbildungspass verfolge auch ein anderes Ziel.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird kritisiert, dass in den Anträgen der Fraktionen der F.D.P. und CDU/CSU die berufliche Bildung zu isoliert betrachtet würde. Grundvoraussetzung für eine gute berufliche Bildung sei eine gute Allgemeinbildung durch die Schulen. Hier gebe es, wie PISA zeige, einen erheblichen Handlungsbedarf. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme einer Modularisierung der Berufsausbildung und Weiterbildung grundsätzlich zu. Allerdings würde sich die Forderung der F.D.P. zu stark am Interesse der Unternehmen orientieren. Deshalb müsse dieser Antrag abgelehnt werden. Beim Antrag der Fraktion der CDU/CSU könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Grundanliegen folgen. Aber auch dieser Antrag müsse abgelehnt werden, weil insbesondere die Forderung nach einer Verbesserung der Deutschkenntnisse von ausländischen Jugendlichen an die Forderung der Absenkung des Höchstalters im Rahmen des Familiennachzugs gekoppelt werde.

Von Seiten der **Fraktion der F.D.P.** wird der dramatische Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern, insbesondere im Bereich des Handwerks und hier vor allem im Bauhaupt- und -nebgewerbe, beklagt. Eine erfreulichere Entwicklung sei dagegen bei den IT- und Medienberufen zu beobachten. Alarmierend sei aber der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit trotz geburtenstarker Jahrgänge. Dieser Entwicklung könne nur durch eine bessere Mittelstandspolitik der Bundesregierung begegnet werden. Statt den Jugendlichen in den neuen Bundesländern finanzielle Mobilitätshilfe anzubieten, sollten mit diesem Geld eher die betrieblichen Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern gefördert werden. Damit könnte erreicht werden, dass die jungen Leute im Lande bleiben. Die Fraktion der F.D.P. strebe mit ihrem Vorschlag zur Modularisierung der beruflichen Ausbildung eine Modernisierung der Berufsausbildung an. Nach einer Grundausbildung in einem Basisberuf solle durch Qualifizierungsbausteine die Ausbildung fortgesetzt werden. Mit einer solchen flexibleren Ausbildung könne den Anforderungen des

Arbeitsmarktes besser entsprochen werden. Die Fraktion der F.D.P. schlage weiterhin einen einheitlichen Ausbildungspass vor, der den Menschen lebenslang begleiten solle und in dem alle erlangten beruflichen Qualifikationen, praktischen Erfahrungen, Sozial- und Medienkompetenzen vermerkt werden.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird noch einmal eindringlich auf die in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich schlechtere Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation für Jugendliche hingewiesen. In Ostdeutschland gebe es Auszubildende verschiedener Klassen, z. B. mit und ohne betrieblicher Ausbildung. Diese Klassifizierung mache sich auch in den Berufsschulen negativ bemerkbar. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthalte eine richtige Situationsbeschreibung und auch eine Reihe unterstützungswürdiger Forderungen. Aber die Forderung nach einem Abbau der Fachschulen parallel zur sinkenden Schülerzahl und nach einer Verkürzung der Ausbildungsgänge könne die Fraktion der PDS nicht mittragen. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU werde deshalb abgelehnt. Auch der Antrag der F.D.P. enthalte zunächst eine zutreffende Situationsbeschreibung und eine Reihe richtiger Forderungen. Doch könne eine Modularisierung der Ausbildung, die zu einer minderwertigen Ausbildung führe, nicht unterstützt werden. Eine Verpflichtung zur Führung eines Ausbildungspasses werde die PDS nicht befürworten. Die PDS lehne deshalb auch den Antrag der Fraktion der F.D.P. ab.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird darauf hingewiesen, dass sich im Jahr 2001 die Ausbildungssituation für die Jugendlichen verbessert habe. Ende November 2001 habe es nur noch ca. 11 000 unvermittelte Jugendliche gegeben. Dies sei das beste Ergebnis seit Jahren gewesen. Die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation gehe vor allem auf den überproportionalen Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zurück. Zwar sei auch die Anzahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen rückläufig, allerdings in einem geringeren Maße als die Nachfrage. Öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze seien vor allem in den neuen Bundesländern weiterhin unverzichtbar. Die Bundesregierung halte an ihrem Konzept „Berufsausbildung für alle“ fest. Die PISA-Studie habe u. a. gezeigt, dass in Deutschland die Förderung leistungsschwacher Jugendlicher verbessert werden müsse. Auch das Lernen während der Arbeit müsse zukünftig eine größere Bedeutung erhalten. Eine Modularisierung der beruflichen Ausbildung als durchgängiges Prinzip sei aber für die Bundesregierung nicht akzeptabel. Auch bei einer modularisierten Ausbildung müsse die Verantwortung des Staates für die Qualitätssicherung der Ausbildung gewahrt werden und dürfe nicht einzelnen Betrieben überlassen bleiben. Der schrittweise leichte Abbau von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen sei notwendig, um die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zu fördern. Mobilitätsbeihilfen gebe es in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit den 70er Jahren. Von einer explosionsartigen Ausweitung der Wanderungsbewegung von Auszubildenden von Ost- nach Westdeutschland könne nicht die Rede sein. Einem möglichen zukünftigen Fachkräftemangel müsse vor allem durch eine Steigerung der Erfolgsquote im Bildungssystem begegnet werden. Die vorgeschlagene Einführung eines Ausbildungspasses müsse weiter geprüft werden. Dies dürfe aber kein verpflichtender,

lückenloser Bildungsausweis sein, in dem auch Fehlleistungen dokumentiert würden.

Der Ausschuss verabschiedete seine Beschlussempfehlung mit folgenden Stimmverhältnissen:

1. Ablehnung des Antrags der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5984 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.
2. Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7281 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
3. Einvernehmliche Kenntnisnahme der Unterrichtung der Bundesregierung – Drucksache 14/5946 – Berufsbildungsbericht 2001.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Willi Brase
Berichtersteller

Dr.-Ing. Rainer Jork
Berichtersteller

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichtersterlerin

Maritta Böttcher
Berichtersterlerin

